

Meinungen

Kommentar

Ein Sieg des Rechtsstaats

Andrea Stauffacher wurde vom Vorwurf entlastet, Gehilfin eines Sprengstoffanschlags gewesen zu sein. Richtig so.

Als im Januar 2017 Feuerwerkskörper auf das türkische Generalkonsulat in Zürich abgefeuert wurden, schien schnell klar, wessen Handschrift der Anschlag trug. Auf einem der Holzstäbe, die als Abschussvorrichtung dienten, wurde die DNA von Andrea Stauffacher gefunden. Klar doch, wer auch sonst?

Die mittlerweile 72-Jährige sorgt ja seit Jahrzehnten dafür, dass die Zürcher Tradition der 1.-Mai-Nachdemo nicht in Vergessen-

heit gerät – Slogan: «Aufruhr, Widerstand, es gibt kein ruhiges Hinterland!» Sie scheint auch sonst mit allem über Kreuz, was nach Staat und staatlicher Autorität/Macht riecht. Und war sie vor Jahren nicht an Anschlüssen auf das spanische Generalkonsulat beteiligt, die offenbar nach einem vergleichbaren Muster abliefen?

Dass Stauffacher «in verbrecherischer Absicht» das Leben von Menschen oder fremdem Eigentum durch Sprengstoff in

Die Zweifel an ihrer Gehilfenschaft sind grösser als die Indizien, die für ihre Schuld sprechen.

Gefahr gebracht hat, liess sich nicht nachweisen. Aber dass sie dazu mindestens mitgeholfen hat, belegte offenbar ihre DNA am Tatort – insbesondere aber auch ihre radikale politische Gesinnung, ihre Vergangenheit.

Die 14-monatige unbedingte Freiheitsstrafe des Bundesstrafgerichts hat dessen Berufungskammer nun aufgehoben und Stauffacher vom Vorwurf der Gehilfenschaft freigesprochen. Die Zweifel an ihrer Gehilfenschaft sind grösser als

die Indizien, die für ihre Schuld sprechen.

Der Freispruch ist ein Sieg für den Rechtsstaat. Die DNA am Tatort ist, isoliert betrachtet, nie ein Beweis für die Anwesenheit einer Person am Tatort. Und wenn als weitere Indizien nur die Vergangenheit und die politische Einstellung einer beschuldigten Person ins Feld geführt werden können, nähern wir uns einer Gesinnungsjustiz. Bestraft werden so nicht konkrete Taten, sondern Hal-

tungen, Überzeugungen. Auch wenn ein Täter im Laufe seines Lebens immer wieder in Häuser einbricht, muss ihm der Staat immer wieder jeden einzelnen Einbruch zweifelsfrei nachweisen. Das unterscheidet den Rechtsstaat vom Unrechtsstaat.



Thomas Hasler



Berüchtigte Haftanstalt: Das ausgebrannte Evin-Gefängnis. Foto: AFP

Wo im Iran Hoffnung besteht

Die Revolte und die Niederschlagung im Evin-Gefängnis werden zum Problem.

Tomas Avenarius

Der Ayatollah unter dem Apfelbaum, das ist eines der frühen Bilder der islamischen Revolution. Der graubärtige Ruhollah Khomeini wurde in den letzten Monaten seines Exils in einem Vorort von Paris zum Medienstar. Der schiitische Theologe empfing Mitstreiter, Diplomaten und Journalisten in Neauphle-le-Château im Garten seines Hauses, unter besagtem Apfelbaum sitzend. Das internationale Interesse, die Solidarität und die Sympathie der Welt befeuerten den Aufstand im Iran, entzogen dem Pahlavi-Regime weiteren Boden, trugen so bei zum Sieg von Khomeinis Islamischer Revolution im Jahr 1979.

Heute nimmt die Welt wieder Anteil am Iran. Der Tod der 22 Jahre alten Mahsa Amini, die in der Gewalt der Sittenpolizei starb, die Schüsse auf Demonstranten, Frauen in der ersten Reihe, zwei junge Instagrammerinnen, die offenbar von Polizisten erschlagen

Die Schüsse und der Brand in Evin deuten darauf hin, dass die Häftlinge eine Revolte versucht haben.

wurden: Aussenstehende können nicht helfen, aber sie stärken den Protestierenden den Rücken. Ob sie vor Teherans Botschaften weltweit demonstrieren oder sich vor der Kamera die Haare abschneiden – selbst diese auf den ersten Blick so hilflos wirkenden Aktionen entziehen der Herrschaft der schiitischen Theokraten das letzte bisschen Legitimation. Dasselbe gilt für den Entscheid der EU, Sanktionen gegen die iranische Sittenpolizei zu verhängen.

Weit wichtiger ist, was im Land geschieht. Der Brand im Evin-Gefängnis wirft ein Schlaglicht auf die Brutalität, mit der das Regime antwortet. Seit Jahrzehnten sitzen politische Gefangene in der berüchtigten Haftanstalt ein; offenbar werden auch viele der Protestierenden dorthin verschleppt. Die Schüsse, Explosionen und der Brand in Evin deuten darauf hin, dass die Häftlinge eine Gefängnisrevolte versucht haben. Wenn bekannt wird, was geschehen ist – und es wird bekannt werden – dürfte das anzunehmende Blutbad den Aufstand noch anheizen. Es sind nicht einzelne Untaten, sondern deren oft zufällige Abfolge, die Unrechtsregimes am Ende das Genick brechen. In der Islamischen Republik besteht inzwischen zumindest die Chance, dass es so kommt.

Kolumne

Nur wer übt, verzichtet souverän

Lange wirkten Konsum und Kaufrausch stabilisierend: Solange die Leute kauften, reisten, konsumierten, brummt die Laden. Früher als gedacht, könnte die Fähigkeit zum Verzicht nun aber systemrelevant werden: Unseren Energieverbrauch müssen wir dringend drosseln, wollen wir nicht eine gefährliche Strommangellage riskieren.

Die jüngsten Berichte zur Klimakrise stossen ins gleiche Horn: Unser Verlangen nach immer mehr Luxus, Mobilität und Wohnraum ist nicht vereinbar mit dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Für viele heisst es ausserdem sparen, weil die Inflation das Haushaltsbudget empfindlich strapaziert.

Verzicht klingt erst mal grauenhaft. Da hilft auch wenig, dass ältere Generationen mahnen, früher sei man auch mit weniger ausgekommen. Lächerliche Luxusprobleme seien das heute. Zwar betrifft der Verlust in vielen Fällen tatsächlich (noch) nicht lebenswichtige Güter. Gefordert ist lediglich eine Anpassung unseres Lebensstils an einen nachhaltigen Ressourcenverbrauch.

Wer jedoch behauptet, es sei ein Luxusproblem, nicht weiter so leben zu können, wie man es gewohnt ist, irrt. Mit Alltags-



Barbara Bleisch

Die Philosophin Barbara Bleisch schreibt abwechselnd mit Laura de Weck, Michael Hermann und Rudolf Strahm.

routinen brechen und nicht nach kurzem in den alten Trott verfallen, gehört zum Schwierigsten überhaupt. Wer gewohnt ist, für den Arbeitsweg ins warme Auto zu steigen, wird ungern auf Fahrrad und Bus umsteuern. Und wenn einen erst die warme Dusche richtig weckt, ist es schwierig, ohne dieses Morgenritual in die Gänge zu kommen.

Im Begriff der Askese, der eine enthaltsame Lebensweise umschreibt, steckt nicht umsonst das griechische Verb «askein». Wörtlich übersetzt bedeutet es «üben». Wer den Verlockungen der Routinen und den Annehmlichkeiten

eines Lebens im Überfluss entsagen will, braucht in erster Linie tatsächlich viel Ausdauer und hartes Training. Nur wer hinreichend übt, kann auf Dauer souverän verzichten.

Am einfachsten dürfte der Verzicht jenen fallen, die ohnehin nie viel gebraucht und auf vermeintliche «Must-haves» gepiffen haben. Für sie ist die Fallhöhe zwischen zügellosem Konsum und gestrengem Masshalten kleiner. Verzichtstolerante sind per definitionem mit weniger zufrieden.

Dass Bescheidenheit mit Blick auf Besitz und Ansehen glücklich macht, war eine der Grundideen der kynischen Philosophie in der griechischen Antike. Die Kyniker reduzierten ihr Hab und Gut auf das Allernotwendigste, um grösstmögliche Unabhängigkeit zu erreichen, frei nach der Losung von Antisthenes: «Ich besitze nicht, damit ich nicht besessen werde.» Souverän verzichten gelingt also nicht nur, wenn man Bedürfnislosigkeit trainiert, sondern Bedürfnislosigkeit an sich macht ihrerseits souverän.

Das gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass wir mit Konsumgütern, Wohnungen oder Autos längst nicht nur Grundbedürfnisse stillen, sondern auch unseren sozialen

Status aufpolieren. Selten wollen wir genug haben, öfters in erster Linie mehr oder mindestens ebenso viel wie die anderen. Wer den Vergleich sucht, der riskiert seine Souveränität jedoch erst recht: Er oder sie macht seine Zufriedenheit abhängig vom Los der anderen. Unsouveräner geht fast nicht.

Allerdings wird die Mangellage zweifellos nicht alle gleich treffen. Wenn die einen es sich kaum mehr leisten können, mehr als ein Schlafzimmer warm zu halten, während andere ihren Autolift oder ihren Pool heizen, zielt der Rat, sich in souveräner Bedürfnislosigkeit zu üben, leider ins Leere.

Denn eines wird in dieser Krise deutlich: Energie ist – und das war uns in den letzten Jahrzehnten kaum bewusst – ein kostbares, weil ebenso lebensnotwendiges wie knappes Gut. Seine Verteilung ist damit eine klassische Frage der Gerechtigkeit. Diese Frage vermag das blosses Spiel von Angebot und Nachfrage nicht zu lösen. Es bedarf vielmehr der Regulierung, die sicherstellt, dass die unverzichtbare Energie allen in ausreichendem Mass zur Verfügung steht. Bundesrätliche Kampagnen mit Energiespartipps fürs traute Heim sind richtig – aber zu wenig.

Macht gegen Seele

Der Umgang der Regierung mit den Schwedendemokraten lässt schauern.

Kai Strittmatter

Schweden, ausgerechnet. Mit Rechtspopulisten schlagen sich ja viele herum, aber die Schwedendemokraten (SD) – gegründet von Alt- und Neonazis – haben eine besonders unappetitliche Vergangenheit. Formell sind sie nicht Teil der neuen Regierung, in Wirklichkeit ist diese Minderheitsregierung von ihnen abhängig: Die SD sitzen mit am Tisch der Macht.

Vor allem die Bürgerlichen tun deshalb so, als seien die SD mittlerweile eine normale

Partei. Deshalb zur Erinnerung: Die SD sind die Partei, in deren Reihen unmittelbar vor der Wahl mehr als 200 Funktionäre identifiziert wurden, die durch Rassismus oder Teilnahme an Neonazi-Veranstaltungen aufgefallen waren.

Es ist die Partei, auf deren Wahlparty ein prominentes Mitglied den Arm erhob und etwas rief, das ähnlich klang wie die schwedische Entsprechung zu «Sieg Heil». Es ist die Partei, von der die Bürgerlichen sich nun in ihr gemeinsames Programm haben diktieren lassen, Ausländer dürften

keinen «mangelhaften Lebenswandel» pflegen und sich «nicht in einer Weise verhalten, die der Bevölkerung missfällt», ansonsten sei eine Abschiebung zu prüfen.

Im Ernst? Wer entscheidet über solches Wohlbenehmen? Vielleicht SD-Mann Richard Jomshof, der einmal zum Bild einer verschleierte Frau, die sich in schwedische Tracht kleidet hatte, twitterte, das sei eine «Vergewaltigung» Schwedens? Jomshof, der Journalisten auch «Feinde des Volkes» nennt, ist übrigens neuer Vorsitzender des Rechtsausschusses im

Parlament, gewählt mit den Stimmen seiner neuen bürgerlichen Partner.

In ihrem Hunger nach Macht haben die Bürgerlichen und die Liberalen der extremen Rechten nun beispiellosen Einfluss zugeschanzt. Es sei eben ein «Geben und Nehmen», hat sich der liberale Parteichef gestern verteidigt. So ist das wohl: Man nimmt die lang ersehnten Ministerposten, und man gibt ein Stück seiner Seele, und ehe man sich versieht, hat man die Seele der Demokratie noch obendrauf gelegt.